

Argumente für ein gleichgewichtiges Wachstum!

Dipl.-Vw. Leander Hollweg, Berlin, 18. 06. 2018, Wirtschaftsrat, Berliner Volkswirtekreis

Verfassung und Gesetz schreiben der Wirtschaftspolitik deutlich vor, außenwirtschaftliches Gleichgewicht anzustreben. Seit 50 Jahren aber scheint sich keine deutsche Regierung mehr an diese Vorschrift gebunden zu fühlen, und keine Oppositionspartei verurteilt sie hierfür.

Stabilitätsgesetz "Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft vom 8. Juni 1967 (BGBl. I S. 582), das zuletzt durch Artikel 135 der Verordnung vom 31. Oktober 2006 (BGBl. I S. 2407) geändert worden ist"

§1 Bund und Länder haben bei ihren wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen die Erfordernisse des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts zu beachten. Die Maßnahmen sind so zu treffen, dass sie im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung gleichzeitig zur Stabilität des Preisniveaus, zu einem hohen Beschäftigungsstand **und außenwirtschaftlichem Gleichgewicht** bei stetigem und angemessenem Wirtschaftswachstum beitragen.

§4 **Bei außenwirtschaftlichen Störungen des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts**, deren Abwehr durch binnenwirtschaftliche Maßnahmen nicht oder nur unter Beeinträchtigung der in § 1 genannten Ziele möglich ist, **hat die Bundesregierung alle Möglichkeiten der internationalen Koordination zu nutzen**. Soweit dies nicht ausreicht, setzt sie die ihr zur Wahrung des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts zur Verfügung stehenden wirtschaftspolitischen Mittel ein.

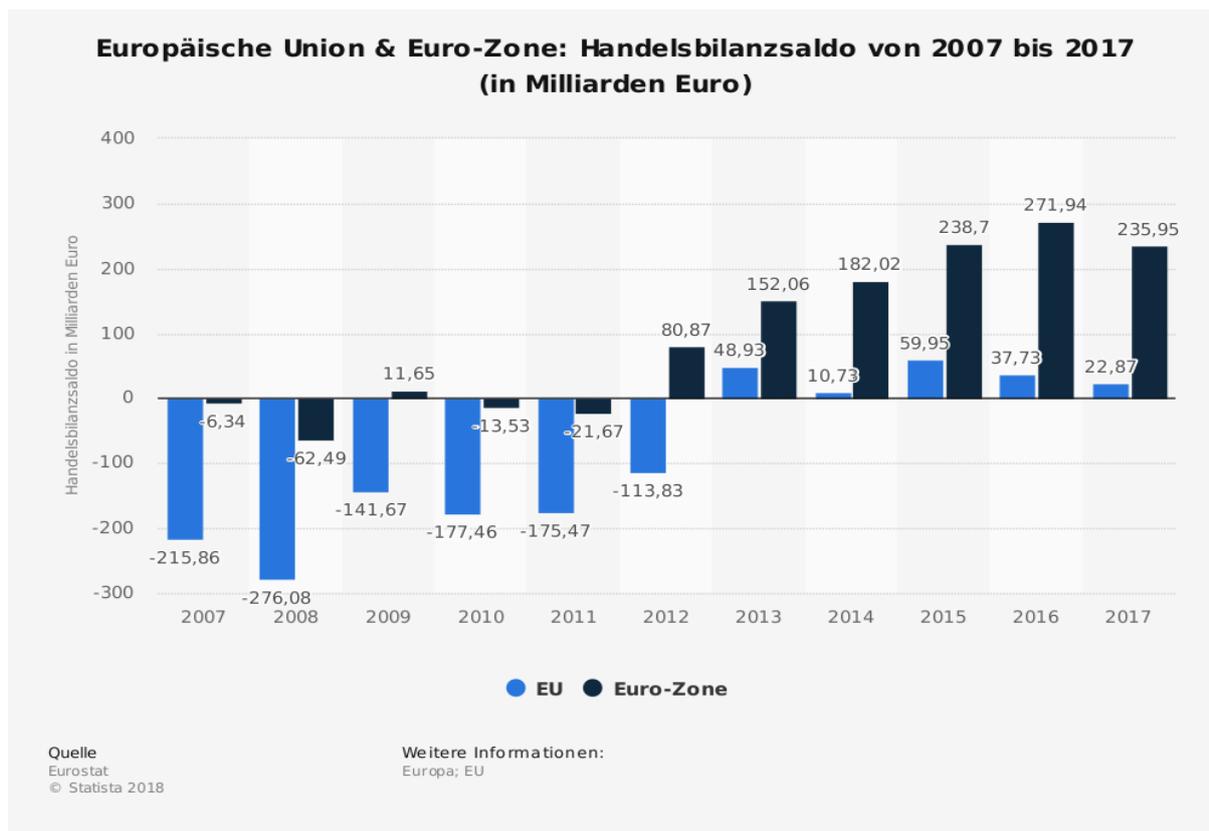
in Verbindung mit § 109 Grundgesetz

(2) Bund und Länder haben bei Ihrer Haushaltswirtschaft den Erfordernissen des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts Rechnung zu tragen.

Kommuniqué des G-20 Gipfels von Pittsburgh im September 2009: „Ziffer 4.: *Wir werden enger zusammenarbeiten müssen, um den Übergang zu einem ausgewogeneren globalen Wachstum zu bewerkstelligen. ...Viele Länder haben schon bedeutsame Schritte unternommen, um die heimische Nachfrage auszudehnen, globale Aktivitäten abzufedern und Ungleichgewichte abzubauen. ... Um eine starke Erholung herbeizuführen bedarf es ...einer angemessenen und gleichgewichtigen globalen Nachfrage und eines entschiedenen Fortschritts für strukturelle Reformen zur Stärkung privater heimischer Nachfrage.*“¹

¹G20 <Sept.2009>; Die entsprechende Passage lautet vollständig und im Original: "4. We will need to work together as we manage the transition to a more balanced pattern of global growth. The crisis and our "4. We will need to work together as we manage the transition to a more balanced pattern of global growth. The crisis and our initial policy responses have already produced significant shifts in the pattern and level of growth across countries. Many countries have already taken important steps to expand domestic demand, bolstering global activity and reducing imbalances. In some countries, the rise in private saving now underway will, in time, need to be augmented by a rise in public saving. Ensuring a strong recovery will necessitate adjustments across different parts of the global economy, while requiring macroeconomic policies that promote adequate and balanced global demand as well as decisive progress on structural reforms that foster private domestic demand, narrow the global development gap, and strengthen long-run growth potential. The IMF estimates that only with such adjustments and realignments, will global growth reach a strong, sustainable, and balanced pattern. While governments have started moving in the right direction, a shared understanding and deepened dialogue will help build a more stable, lasting, and sustainable pattern of growth. Raising living standards in the emerging markets and developing countries is also a critical element in achieving sustainable growth in the global economy."

(Source: <http://www.pittsburghsummit.gov/mediacenter/129639.htm>)



<https://de.statista.com/themen/2340/aussenhandel-von-eu-und-euro-zone/> Aufgerufen am 13.06.2018

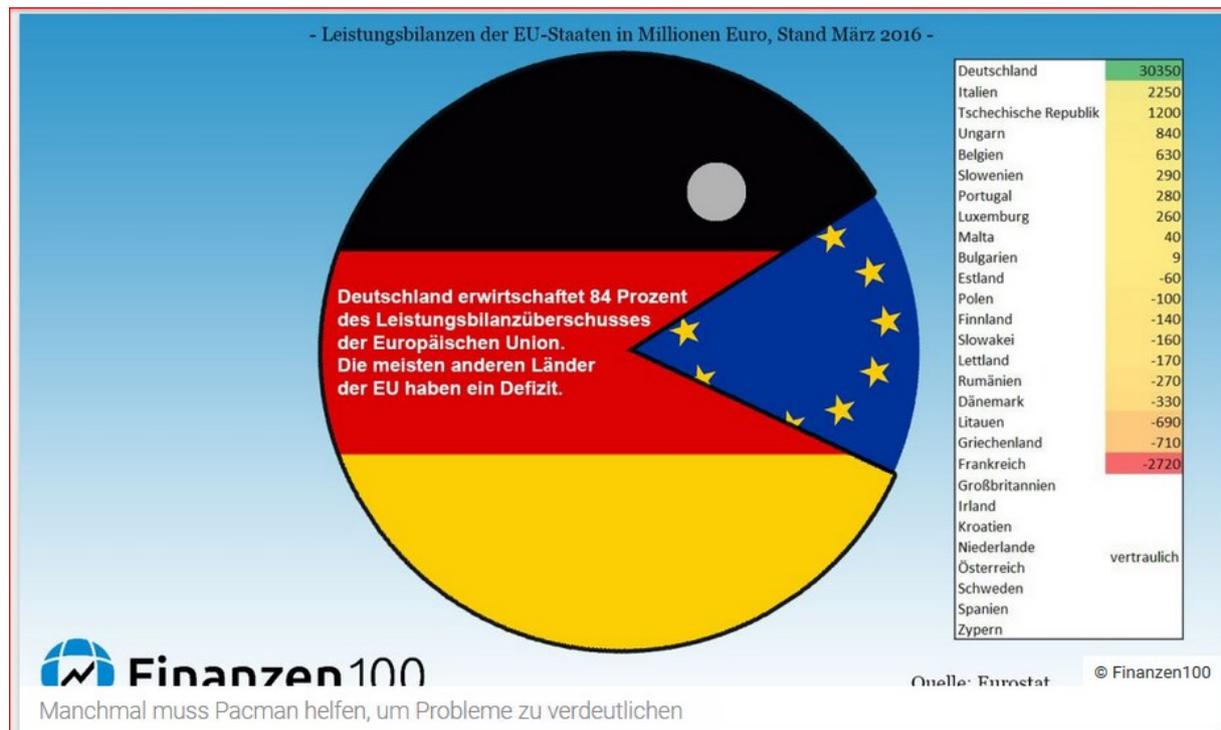
Im Hinblick auf die Europäische Union und die Euro-Zone muss zudem zwischen Extra- und Intrahandel unterschieden werden, d.h. dem Handel mit Staaten außerhalb der EU bzw. der Euro-Zone und dem Handel der Mitgliedsstaaten untereinander. Die Warenexporte aus der EU in Drittstaaten betragen im Jahr 2016 rund 1,75 Billionen Euro; aus der Euro-Zone wurden Güter im Wert von circa 2,05 Billionen Euro in Länder außerhalb der Währungsunion ausgeführt. Das waren 2,43 Prozent (EU) weniger bzw. 0,3 Prozent (Euro-Zone) mehr als im Vorjahr. Die Warenimporte in die EU und die Euro-Zone lagen bei etwa 1,71 Billionen Euro (EU) sowie 1,8 Billionen Euro (Euro-Zone) und sanken damit im Vorjahresvergleich um ein Prozent (EU) bzw. 2 Prozent (Euro-Zone). In der Handelsbilanz, d.h. der Differenz von Exporten und Importen, ergibt sich für die EU ein Überschuss von rund 37,7 Milliarden Euro und für die Euro-Zone von circa 272 Milliarden Euro.

Zur Eurozone, auch Euroland genannt, zählen Belgien, Deutschland, Irland, Griechenland, Spanien, Frankreich, Italien, Luxemburg, die Niederlande, Österreich, Portugal, Slowenien, Finnland, Zypern und Malta.

Nur Deutschland profitiert

...Wir sind mittlerweile zu einer so starken Wirtschaftsmacht herangewachsen, dass wir den Rest Europas schlicht erdrücken. Beispiel: Die Europäische Union hat im März (2016) rund 17 Milliarden Euro durch den Handel mit dem Ausland verdient....(doch) vom riesigen Überschuss der so genannten Leistungsbilanz profitiert eigentlich nur ein Land so richtig: Deutschland. Allein unser Überschuss lag im März bei rund 30 Milliarden Euro. Das verdeutlicht schon das Problem: Unsere 27 Mitstreiter in der EU machen zusammen einen Verlust von 13 Milliarden Euro.

<https://www.finanzen100.de/finanznachrichten/wirtschaft/leistungsbilanz-diese-grafik-zeigt-wie-krass-deutschland-die-wirtschaft-europas-dominiert> H2051393207_277492/



Neun weitere Länder mit Überschüssen...

Gut sieht die Lage noch in Italien und der Tschechischen Republik aus. Das sind neben uns die einzigen Länder, die mehr als eine Milliarde Euro verdient haben. Daneben gibt es (siehe Grafik) noch sieben weitere Länder, die zumindest keine Miesen machen.

... und mindestens zehn mit Verlusten

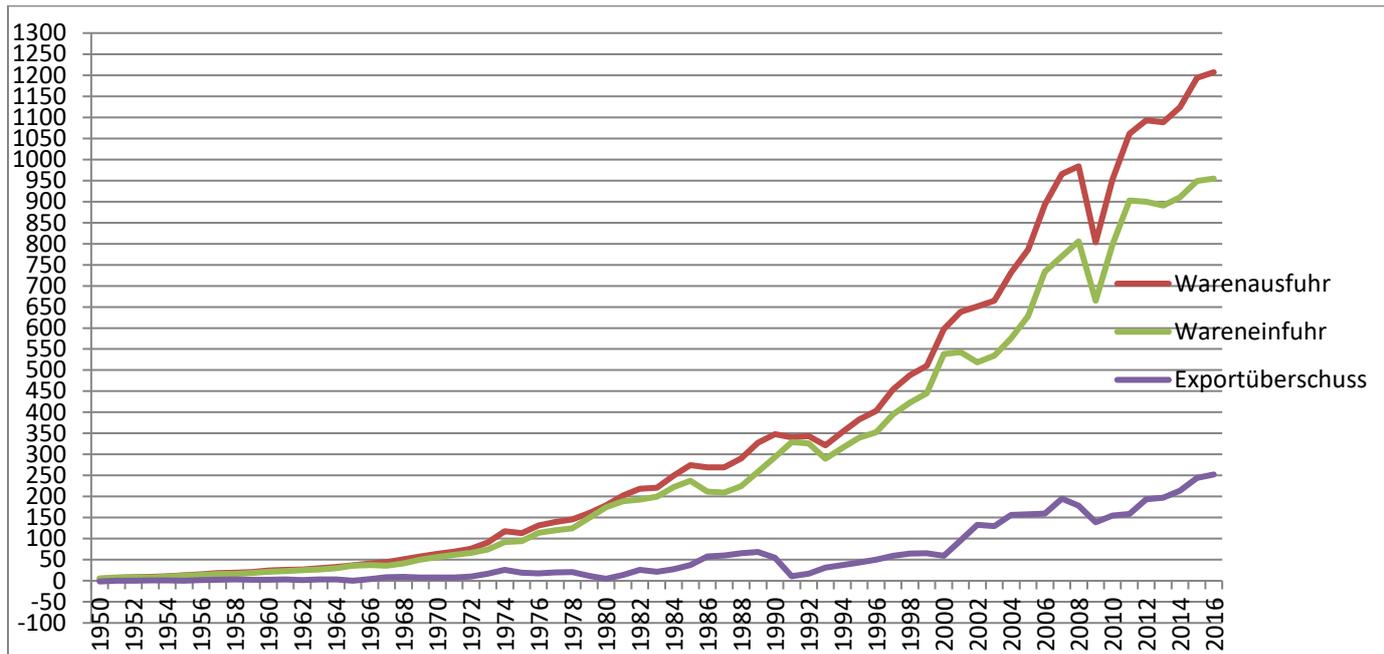
Für mindestens zehn weitere Länder fällt die Bilanz allerdings ziemlich rot aus. Besonders Frankreich sticht mit einem Defizit von fast drei Milliarden Euro heraus. Vor einem Jahr stand hier noch ein Plus von sechs Milliarden Euro. Es geht bergab im Nachbarland.

Das Defizit in Griechenland wundert uns kaum, geht es der dortigen Wirtschaft doch entsprechend schlecht. Positiv aber: Das griechische Minus hat sich seit März 2015 in etwa halbiert.

Acht Länder melden keine Zahlen

Acht Länder melden ihre Leistungsbilanz mittlerweile nur noch vertraulich an die europäische Statistikbehörde Eurostat. Ihre Zahlen sind deswegen nur in der Gesamtbilanz der EU erfasst, nicht aber einzeln ausgewiesen.

Deutschland in Zahlen Ausfuhr und Einfuhr - in Mrd. Euro



Abrufdatum: 14.06.2018 21:06 Uhr www.deutschlandin zahlen.de Datenstand: 13.03.2017

Beschreibung: Warenausfuhr und Wareneinfuhr Quelle: Statistisches Bundesamt Bis 1989 Westdeutschland

Deutschland – der übermächtige Konkurrent

<http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/analyse-zum-leistungsbilanzueberschuss-deutschland-der-uebermaechtige-konkurrent/20852196.html?ticket=ST-958789-pexczNMUykXeAEjookwq-ap6>



[Norbert Häring](#) 16.01.2018 - 14:48 Uhr

Mit umgerechnet 287 Milliarden Dollar ist der deutsche Leistungsbilanzüberschuss mehr als doppelt so groß ausgefallen wie der des Exportweltmeisters China mit 135 Milliarden Dollar.

Deutschland hat im Jahr 2017 erneut den weltweit größten Leistungsbilanzüberschuss eingefahren, hat das Ifo-Institut bekanntgegeben. Der Leistungsbilanzüberschuss misst die Zusammenfassung und Gegenüberstellung aller Waren und Dienstleistungen, die Deutschland ins Ausland exportiert beziehungsweise importiert. Dazu gerechnet werden auch Kapitalerträge und wie viel mehr Netto Deutschland anderen Ländern gegeben hat, als es von dort bekommen hat. ... Im vergangenen Jahr waren es nach Ifo-Berechnungen umgerechnet 287 Milliarden Dollar an neuen Forderungen, die Deutschland so aufgebaut hat. Nach heutigem Euro-Kurs sind das rund 230 Milliarden Euro. Das waren knapp acht Prozent der Jahreswirtschaftsleistung, um die Deutschland unter seinen Verhältnissen gelebt und investiert hat.

In den letzten Jahren war der Kapitalexport ähnlich hoch, im nächsten Jahr wird er es – den Ifo-Prognosen zufolge – wieder sein. Auf diese Weise erhöht sich das deutsche Auslandsvermögen alle vier Jahre um fast eine Billion Euro. ...

Aber nach EU-Vereinbarungen gilt ein Leistungsbilanzüberschuss von mehr als sechs Prozent als störendes Ungleichgewicht. Und selbst diese Grenze wurde allein auf deutschen Druck so hoch angesetzt. ...

Da ist zum einen die Tatsache, dass der Überschuss Deutschlands notwendigerweise ein Defizit der anderen bedingt. Fast alle Handelspartner haben mit dem gleichen demografischen Problem zu kämpfen wie Deutschland, bauen aber statt eines Vermögensstocks im Ausland Schulden gegenüber Deutschland auf. Diese Schulden soll später eine schrumpfende aktive Bevölkerung zurückzahlen, die gleichzeitig immer mehr heimische Rentner zu versorgen hat. Wenn die Schuldner den Schuldendienst irgendwann nicht mehr leisten können oder wollen, bringt das Probleme nicht nur für diese Länder, sondern auch für den Gläubiger Deutschland und für die internationale Verständigung. Man muss sich nur vor Augen führen, welchen Unfrieden die griechische Schuldenkrise in Europa und sogar im transatlantischen Verhältnis gestiftet hat.

Ob das Auslandsvermögen also tatsächlich in ferner Zukunft mit dem Wert zur Verfügung steht, der heute in den Büchern steht, ist mehr als fraglich – es ist sogar sehr unwahrscheinlich. Denn wenn den Schuldnern die Last zu schwer wird, passiert regelmäßig zweierlei: Entweder ihre Währung wertet ab, was Deutschlands Forderungen mit entwertet. Oder aber die Unternehmen oder der Staat der Abnehmerländer gehen bankrott und zahlen nicht mehr. Schon in der Vergangenheit ist das deutsche Auslandsvermögen aus solchen Gründen regelmäßig erheblich weniger schnell gestiegen, als es dem jährlichen Kapitalexport entsprochen hätte. **Ein beträchtlicher Teil unseres Exportüberschusses wird also auf lange Sicht gesehen verschenkt.**

Netto-Auslandsvermögen 1.1.1999	33,67 Mrd. €
Netto-Auslandsvermögen 31. 12. 2008	667,76 Mrd. €
Zuwachs 1.1.199 – 31.12.2008	634,09 Mrd. €
Kumulierte Leistungsbilanzsalden 1999-2008	743,57 Mrd. €
Differenz: 109,48 Mrd. €: In dieser Höhe lagen bewertungsbedingte Verluste von Auslandsvermögen vor.	
Quelle: Moser, Reinhold: „ Innerstaatlicher Saldenausgleich als Alternative zum Keynes-Plan“; in: Helmedag, Fritz und Kromphardt, Jürgen, Hrsg.: „Nachhaltige Wege aus der Finanz- und Wirtschaftskrise, Schriften der Keynes-Gesellschaft, Band 4, Metropolis-Verlag, Marburg, 2011; S. 39 - 61	

Die Entwicklung des berüchtigten Target-Saldos der Bundesbank zeigt sehr schön, wie fragwürdig die Qualität der Forderungen ist, die Deutschland aufbaut, und welche Zeitbombe für die Europäische Währungsunion und den Frieden in Europa darin schlummert. Der deutsche Target-Saldo ist 2017 um 152 Milliarden Euro auf den Rekordstand von 906 Milliarden Euro gestiegen. Rund zwei Drittel des deutschen Forderungsaufbaus entfielen also 2017 auf zusätzliche Target-Forderungen. Sie entstehen, wenn die Bundesbank indirekt über die Europäische Zentralbank anderen Notenbanken des Euro-

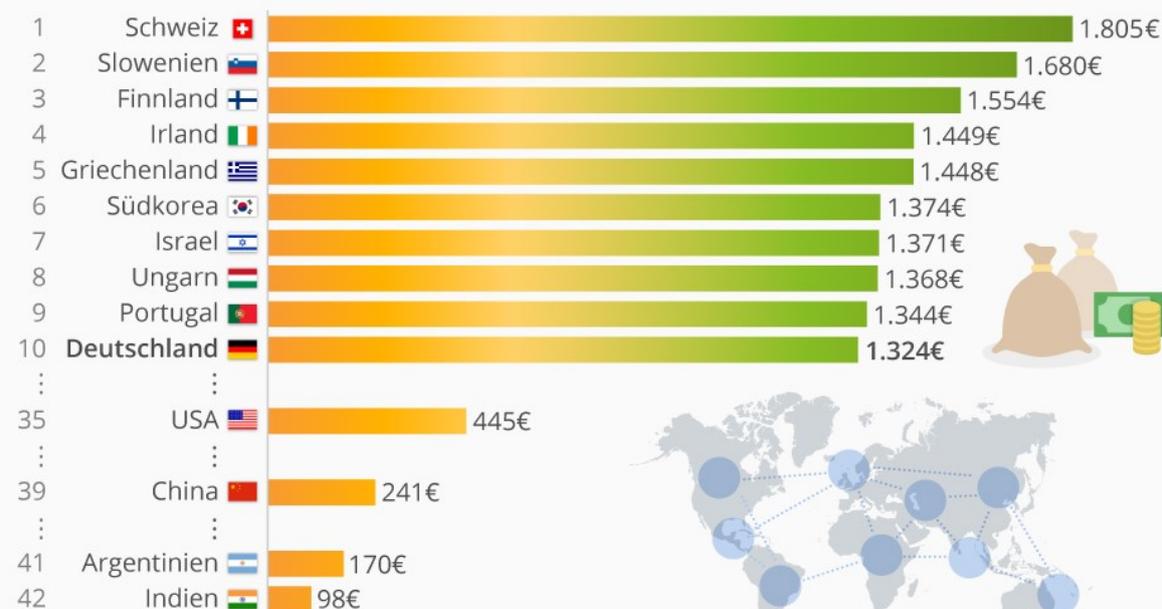
Raums den Kredit gibt, mit dem diese Waren- oder Wertpapierkäufe in Deutschland finanzieren. Im Vorjahr hatte der Aufbau der Target-Forderung sogar 200 Milliarden Euro betragen.

Wenn die Währungsunion irgendwann einmal in naher oder ferner Zukunft auseinanderbrechen sollte, ist höchst ungewiss, ob die Target-Schuldner dann noch bereit und in der Lage sein werden, ihre Verbindlichkeiten in Euro zu begleichen. Je länger Deutschland einen derart riesigen Leistungsbilanzüberschuss aufrechterhält, desto wahrscheinlicher ist es, dass die schwächeren Länder Europas mit der übermächtigen deutschen Konkurrenz irgendwann nicht mehr mithalten

Ein wahrscheinlicher Weg hin zu diesem Ergebnis ist eine kräftige Aufwertung des Euros. Diese ist wahrscheinlich, weil der deutsche Überschuss so groß ist, dass er dem Euro-Raum insgesamt einen großen und wachsenden Leistungsbilanzüberschuss beschert. Früher oder später werden solche Überschüsse durch Währungsaufwertung, die die heimischen Waren teurer macht, abgebaut. Wenn das passiert, wird es sehr eng für die wettbewerbsschwachen Länder an der europäischen Peripherie. Dann wäre auch das goldene Zeitalter für die deutsche Industrie vorbei.

Wer am stärksten von der Globalisierung profitiert

Jährliche Einkommensgewinne je Einwohner durch die Globalisierung 1990–2016*



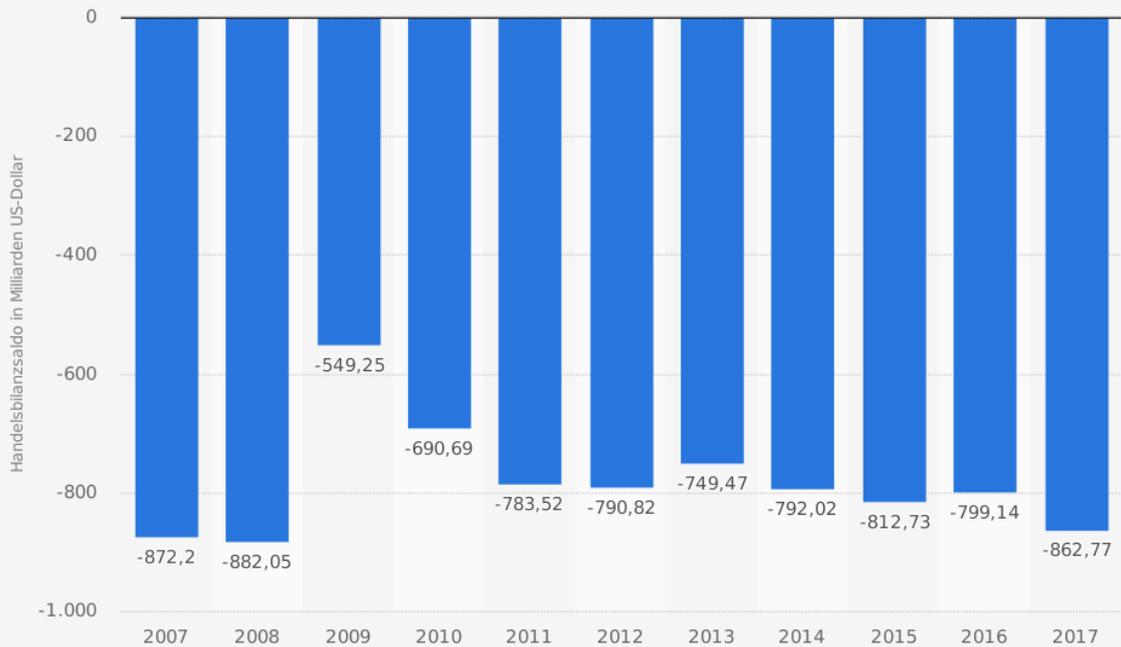
* durchschnittliche, kaufkraftbereinigte Werte

Quelle: Bertelsmann Stiftung

statista

Wer sind die Gewinner der [Globalisierung](#)? Die Grafik auf Basis des neuen [Globalisierungsreports](#) der Bertelsmann Stiftung zeigt die Einkommensgewinne je Einwohner, die auf die Globalisierung zurückzuführen sind. Danach sind mehrheitlich Industrieländer unter den Gewinnern – weniger profitieren hauptsächlich Schwellenländer wie China, Argentinien oder Indien. Deutschland liegt im oberen Mittelfeld. Der Grund für das relativ schlechte Abschneiden der USA: das Land hatte bereits zu Beginn des Betrachtungszeitraums ein hohes Globalisierungs- und Einkommensniveau. Dass sich die Schweiz auf Platz eins befindet, liegt an ihrem kleinen Binnenmarkt, durch welchen sie zwangsläufig mehr Handelsaktivitäten mit dem Ausland hat.

USA: Handelsbilanzsaldo von 2007 bis 2017 (in Milliarden US-Dollar)

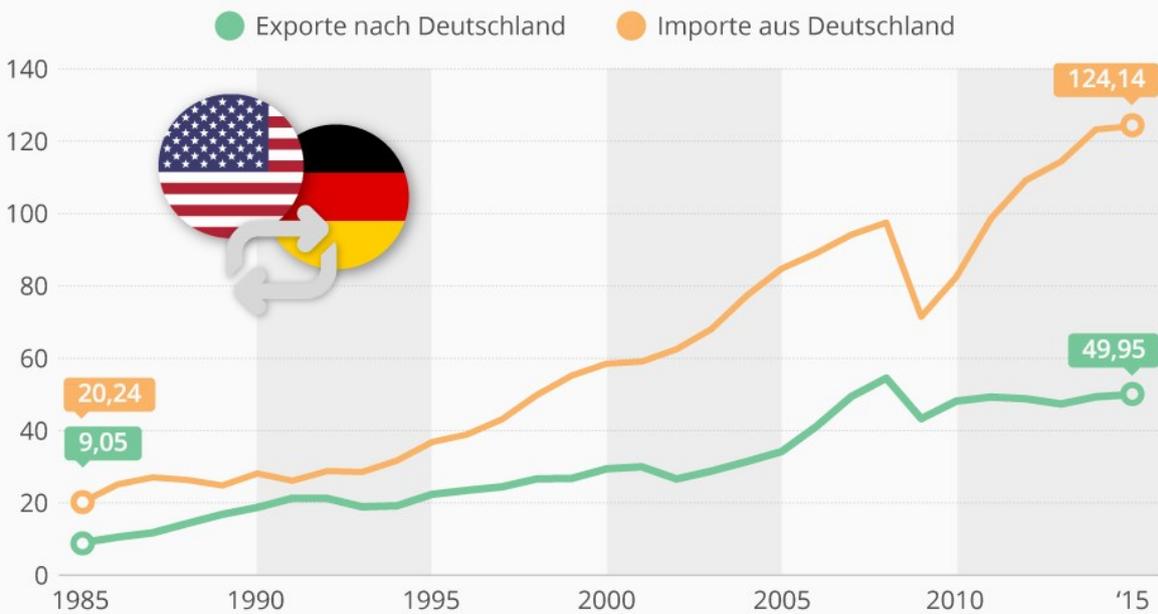


Quelle:
WTO
© Statista 2018

Weitere Informationen:
USA

30 Jahre amerikanisch-deutscher Handel

Amerikanisch-deutsches Handelsvolumen nach Im- und Exporten (in Mrd. Dollar)



CC BY ND
@Statista.com

Quellen: US Census Bureau, US Department of Commerce

statista

Kommentar Deutschland trägt eine Mitschuld am Handelsstreit mit den USA

Donald Trump hat den Handelskonflikt vom Zaun gebrochen. Aber Deutschland trägt mit seinem Handelsüberschuss eine Mitschuld an der Eskalation.



[Till Hoppe](http://www.handelsblatt.com/meinung/kommentare/kommentar-deutschland-traegt-eine-mitschuld-am-handelsstreit-mit-den-usa/22655872.html) 07.06.2018 - 16:15 Uhr [1 Kommentar](#)
<http://www.handelsblatt.com/meinung/kommentare/kommentar-deutschland-traegt-eine-mitschuld-am-handelsstreit-mit-den-usa/22655872.html>

Eigentlich müsste Angela Merkel dem US-Präsidenten dankbar sein. Beim G7-Gipfel wird Donald Trump mit seiner rabiaten Handelspolitik den geballten Ärger seiner Kollegen auf sich ziehen. Die Kanzlerin muss daher kaum befürchten, dass sich die Partner wie bisher an Deutschlands Handelsbilanz abarbeiten.

Dabei ist der deutsche Überschuss, der höchste der Welt, nur die Kehrseite der gleichen Medaille. Natürlich ist es ein Affront, dass Trump die Stahlimporte aus verbündeten Ländern aus Gründen der nationalen Sicherheit mit Zöllen belegt. Und es ist richtig, dass sich die EU-Staaten dagegen wehren. Aber so fragwürdig seine Methoden und so irrational seine Fixierung auf bilaterale Handelsdefizite auch sein mögen, so wütet Trump doch nicht ohne Grund: **Dauerhafte und massive Überschüsse von Ländern wie Deutschland oder China sind ein Problem für die Handelspartner. Und für die Länder selbst.**

Deutschland könnte mehr investieren

Politik und Industrie wiegeln Kritik an deutscher Exportfixiertheit stets reflexartig ab – für Wettbewerbsfähigkeit brauche man sich nicht zu entschuldigen. Aber das Mantra von der sprichwörtlichen deutschen Ingenieurskunst ist nur die halbe Wahrheit. Die andere Hälfte fügt sich aus weiter zu niedrigen Investitionen von Staat und Unternehmen im eigenen Land und dem zu geringen Konsum zusammen.

Die Große Koalition hat angefangen, mehr für die Binnennachfrage zu tun. Aber sie geht dabei zu zögerlich vor. Die Regierung könnte angesichts der guten Kassenlage selbst viel mehr Geld in die digitale und physische Infrastruktur stecken und Unternehmen die Investitionen erleichtern. Und sie sollte gerade Geringverdiener noch stärker bei den Sozialabgaben entlasten.

Alles das würde dem Land gut tun und zugleich den Handelsüberschuss senken. Es würde den EU-Ländern bei ihrer wirtschaftlichen Erholung helfen und damit die Solidarität mit den Deutschen im Handelskonflikt stärken. Auf diese werden wir angewiesen sein, sobald Trump die Autos made in Germany ins Visier nimmt.

Deutscher Exportdrang Böses Erwachen aus dem Dornröschenschlaf

Die deutsche Exportfixierung droht sich in einer Welt voller Populisten ins Drama zu verkehren: Auf Kosten anderer leben - diese Illusion dürfte platzen. Die Kanzlerin scheint es zu ahnen. Zu spät.



Eine Kolumne von [Thomas Fricke](#) / Freitag, **08.06.2018** 13:44 Uhr

Was in 25 Jahren passiert ist, sprengt alle Dimensionen

Gut möglich, dass sich bald rächt, wie einseitig in Deutschland über Jahre [Wirtschaftspolitik](#) betrieben wurde, als ginge es in der Ökonomie allein darum, immer nur wettbewerbsfähiger zu werden. Klar hat die deutsche Wirtschaft immer schon viel exportiert. Was in den vergangenen 25 Jahren passiert ist, sprengt nur alle Dimensionen. Schon zwischen 1993 und 2006 verdoppelte sich der Anteil der Ausfuhren am Bruttoinlandsprodukt (BIP) von gut 20 auf rund 40 Prozent. Und der Trend setzt sich seit 2006 noch fort.

Einsame deutsche Abhängigkeit

Anteil der Exporte am Bruttoinlandsprodukt in Prozent

Deutschland 47,7%

Kanada 31,0%

Italien 29,8%

Frankreich 29,3%

Großbritannien 28,3%

Japan 16,1%

USA 11,9%

Quelle: Weltbank, Daten für 2016, *Deutschland Anfang 2018

Die beiden Kieler Ökonomen Stefan Kooths und Ulrich Stolzenburg haben ermittelt, wie stark die Exporte zur Wertschöpfung in Deutschland Jahr für Jahr zuletzt beigetragen haben. Dazu rechneten sie aus den Ausfuhrstatistiken heraus, was bei der Produktion importiert werden musste, also aus dem Ausland kam. Das Ergebnis: Was de facto in Deutschland für den Export hergestellt wird, trug seit 2000 mehr als doppelt so stark zur Wirtschaftsentwicklung bei als das, was die Leute im Inland ausgaben. Das gilt entgegen allen Jubelmeldungen über den mittlerweile anziehenden Konsum selbst für 2017.

Anfang 2018 machten Verkäufe ins Ausland insgesamt fast 48 Prozent der deutschen Wirtschaftsleistung aus. Solche Raten haben sonst nur kleine Länder, die mangels eigener Masse auf Märkte jenseits der eigenen Grenzen angewiesen sind.

Unter den G7-Ländern gibt es kein einziges, das sich auch nur ansatzweise so abhängig vom Export gemacht hat: Die Quoten rangieren von weniger als 20 Prozent in den USA und Japan bis maximal rund 30 Prozent bei Franzosen, Kanadiern, Italienern und Briten. Das könnte erklären, warum die Deutschen im [Handelsstreit mit den USA](#) gerade um einiges besorgter wirken.

So viel Exportfixierung zieht ökonomisch mehrere gravierende Tücken nach sich:

- Im viel gepriesenen deutschen Aufschwung seit 2006 ist der Anteil der **Konsumausgaben** am Bruttoinlandsprodukt (BIP) von fast 58 auf weniger als 53 Prozent gefallen. Kein Wohlstand für alle. Schlimmer noch: Der Anteil der **Investitionen** fiel von 8,4 auf nur noch 6,7 Prozent.
-
- Eine Wirtschaft so einseitig vom Export tragen zu lassen, geht nur, solange es andere gibt, die umgekehrt entsprechend **viel Geld haben (oder Schulden machen)**, um es (auch) für deutsche Produkte auszugeben. Mehr als die Deutschen es tun - womit wir beim Problem sind, welches Trump gerade mit Strafzöllen zu korrigieren versucht.
- Und wer seine eigene Wirtschaftsleistung von den Ausfuhren abhängig macht, macht sich früher oder später **von Staaten abhängig**. Was das bedeuten kann, sehen wir jetzt.

Bisher schien die Rechnung aufzugehen, dass viel Export vor Krisen schützt, weil Absatzschwächen hier oder da kompensiert werden. Scheinbar.

Dieses Mal geht es um mehr

Dieses Mal geht es um mehr: Der US-Präsident wie Italiens neue Regierende spielen damit, ein paar Grundregeln auszusetzen. Etwa die, dass es sich auszahlt, wenn man auf den Weltmärkten irgendetwas einfach besser und günstiger anbietet. Was, wenn Unternehmen das Vertrauen verlieren, verlässlich Geschäfte in der Ferne machen zu können?

Weit entfernt? Mag sein. Das eine oder andere Warnsignal ist dennoch spürbar. Seit Ende 2017 haben sich die Erwartungen deutscher Firmen für den eigenen Export drastisch verschlechtert. Die Industrie schrumpft. Was die meisten Konjunkturauguren bis dato als vorübergehende Korrektur einstufen, nimmt allmählich kritischere Ausmaße an. Und es ist bei einer Exportquote von fast 50 Prozent leicht auszumalen, wie schnell eine Exportkrise das ganze Land treffen wird. Wie schnell das gehen kann, hat sich in der [Eurokrise](#) gezeigt, als mangels Export die Wirtschaftsleistung plötzlich ein halbes Jahr lang schrumpfte.

Die Deutschen scheinen gerade aus einem Dornröschenschlaf geweckt zu werden - und aus der Illusion, über den lieben Export auf ewig glücklich zu werden. Es kann auf Dauer nicht gut gehen, wenn der Anschein besteht, dass da ein Land ziemlich einseitig profitiert.

Amerikaner und Italiener geben gerade auf absurd unschöne Art zu verstehen, dass sie nicht mehr mitspielen. Und drohen bei der Behebung des Problems via Protektionismus oder Euro-poltern noch viel mehr Schaden anzurichten. ... So(..) droht Deutschland vor lauter Exportifizierung zum ersten Opfer des Aufstiegs gefährlicher Populisten zu werden.

Für eine Dynamik des levelling-up

„In globaler makroökonomischer Sicht rücken ... die verfestigten außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte in den Blick, die sich seit Langem selbst unter den Bedingungen flexibler Wechselkurse hartnäckig einem Ausgleich widersetzen. Eine einfache auf den Außenhandel bezogene Grundregel könnte für die Finanzordnung der Zukunft daher wahrscheinlich weitaus besseres bewirken als umfangreiche Regularien, Aufsichtsaktivitäten und Finanztransaktionssteuern. Bei dieser Regel handelt es sich um die modifizierte Einführung einer bereits 1944 von John Maynard Keynes vorgeschlagenen „Ungleichgewichtsabgabe“, sozusagen der „Methode des Goldstandards“ für den Zahlungsbilanzausgleich zwischen den Nationen, allerdings ohne den Austausch von Gold. Die Abgabe wäre gleichermaßen von Überschuss- wie von Defizitländern in nationaler Währung an eine multinationale Institution zu leisten. Zur Verwendung diese Abgabe bieten sich differenziert gesteuerte Re-Investitionen in die nationalen Bildungssysteme an. Damit könnten die Völker der hinter der Finanzkrise aufscheinenden weltweiten Qualifizierungskrise wirksam entgegentreten.

Durch jeweils lang- oder kurzfristig angelegte Investitionsstrategien würde eine Dynamik des „levelling-up“ für alle Länder entstehen: Bei insgesamt wachsendem Welthandel könnten Staaten mit defizitärem Außenbeitrag ihre Ausfuhren rascher steigern als die bereits exportstarken Nationen, welche ihren Wohlstand ebenfalls erhöhen und langfristig auch für die junge Generation festigen würden.“

Dipl.- Volkswirt Leander L. Hollweg: „Eine neue Keynes-Regel für das Weltwährungssystem: Wie Finanz- und Bildungskrise erfolgreich bekämpft werden können“;
Vortrag auf der sechsten Jahrestagung der Keynes-Gesellschaft an der Universität Chemnitz, 15./16. 2. 2010; veröffentlicht in >Helmedag, Fritz und Kromphardt, Jürgen, Hrsg.: „Nachhaltige Wege aus der Finanz- und Wirtschaftskrise, Schriften der Keynes-Gesellschaft, Band 4, Metropolis-Verlag, Marburg, 2011; S. 171 – 190<